

Vorwort zum Bericht über die Wettbewerbspolitik 2023

**von Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin und für die Wettbewerbspolitik zuständiges
Kommissionsmitglied**

Wenn wir auf das Jahr 2023 zurückblicken, ist es kaum möglich, das Erreichte losgelöst von den Auswirkungen der anhaltenden Krisen zu betrachten. Der Krieg in der Ukraine folgte unmittelbar auf die globale Pandemie und beide Krisen werfen weiterhin lange Schatten, weshalb die Europäische Kommission gezwungen war, sich neben den langfristigen politischen Zielen auch der Weiterführung von Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu widmen.

Erfreulicherweise konnten wir in der Wettbewerbspolitik – wie auch in anderen Bereichen – in beiderlei Hinsicht Erfolge erzielen. Die Krisenbewältigung beschäftigte auch dieses Jahr die Beihilfenkontrolle in außergewöhnlichem Maße: Auf der Grundlage des Befristeten Rahmens zur Unterstützung der Wirtschaft angesichts des Ausbruchs von COVID-19 und auf der Grundlage des Befristeten Krisenrahmens beziehungsweise des Befristeten Rahmens zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels, die infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine angenommen wurden, wurden mehr als 200 Beschlüsse erlassen. Und die Krisenbewältigung war bei Weitem nicht das einzige Tätigkeitsfeld der Beihilfenkontrolle – insgesamt wurden über 600 Beschlüsse erlassen.

Auch im Kartellrecht verzeichneten wir ein hohes Arbeitsaufkommen. Wir erließen fünf Beschlüsse, versandten sechs Mitteilungen der Beschwerdepunkte und führten sieben unangekündigte Nachprüfungen durch. Darunter waren einige richtungsweisende Fälle, wie die Geldbuße gegen Intel wegen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung am Markt für Computerprozessoren und der erste Kartellfall im Verteidigungssektor.

Im Bereich der Fusionskontrolle erlebte die Kommission aufgrund des krisengetriebenen Anstiegs der Fusions- und Übernahmeaktivitäten ein weiteres arbeitsintensives Jahr. 2023 erließen wir 333 Fusionskontrollbeschlüsse, 271 davon im vereinfachten Verfahren. Die Kommission hat in 11 geplante Übernahmen eingegriffen und einen geplanten Zusammenschluss, die Übernahme von eTraveli durch Booking, untersagt. Eine Besonderheit stellte der Fall Illumina/GRAIL dar. Obwohl wir den Zusammenschluss 2022 untersagt hatten, waren wir auch 2023 noch mit der Sache befasst und haben Maßnahmen zur Wiederherstellung des vorherigen Zustands durch Rückabwicklung der Übernahme durch Illumina angeordnet.

Gleichzeitig verfolgte die Kommission auch die politischen Prioritäten weiter, die zu Beginn ihrer Amtszeit im Jahr 2019 festgelegt worden waren. Der digitale Wandel wurde durch die Pandemie sogar beschleunigt. Die EU muss deshalb noch dringender entsprechende Vorschriften auf den Weg bringen – Vorschriften, die sicherstellen, dass unsere digitalen Märkte zugunsten der europäischen Verbraucher und Unternehmen offen und sicher bleiben und auf ihnen Wettbewerb herrscht. Und die Auswirkungen des Klimawandels sind in Krisen- wie in Nichtkrisenzeiten in Europa und auf der ganzen Welt spürbar, was einmal mehr zeigt, dass wir den Weg in Richtung einer unter dem Strich emissionsfreien Wirtschaft entschlossen weiterverfolgen müssen.

Darüber hinaus wurde 2023 auch die Arbeit an wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (Important Projects of Common European Interest, „IPCEI“) zielstrebig fortgeführt. Im Rahmen eines wichtigen Vorhabens von gemeinsamem europäischem Interesse, das von sieben Mitgliedstaaten angemeldet wurde, wurden 1,2 Mrd. EUR an staatlichen Beihilfen für Forschung, Entwicklung und erste gewerbliche Nutzung fortgeschrittener Cloud- und Edge-

Computing-Technologien genehmigt. An dem Vorhaben beteiligen sich 19 Unternehmen, darunter auch kleine und mittlere Unternehmen. Die in diesem Vorhaben enthaltenen wegweisenden Projekte werden große Fortschritte auf dem Gebiet der Datenverarbeitungstechnologie ermöglichen und sich auch positiv auf die EU als Ganzes auswirken.

Im Bereich des grünen Wandels ist die Wettbewerbspolitik zwar nicht das Hauptinstrument der Europäischen Kommission, aber sie ist dennoch ein wichtiges Instrument, das zur Reduktion der CO₂-Emissionen in der EU beiträgt. Im Jahr 2023 wurden staatliche Beihilfen verschiedener Art, die gemäß dem Befristeten Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels genehmigt wurden, zur Umsetzung der Dekarbonisierungs- und Klimaschutzvorhaben der EU eingesetzt: von der Umstellung auf erneuerbaren Wasserstoff in der europäischen Stahlindustrie über Offshore-Windkraft bis hin zur Unterstützung von Kohlearbeitern angesichts des EU-Ausstiegs aus den fossilen Brennstoffen. Darüber hinaus haben wir neue Leitlinien für horizontale Zusammenarbeit veröffentlicht, in denen erläutert wird, wie Unternehmen zum Zwecke von Umweltschutzmaßnahmen in ihrer Branche rechtmäßig zusammenarbeiten können.

Ferner wurden 2023 auch große Fortschritte beim Gesetz über digitale Märkte und bei der Verordnung über Subventionen aus Drittstaaten erzielt. Im Rahmen des Gesetzes über digitale Märkte benannte die Kommission sechs digitale Plattformen als „Torwächter“ und erfasste insgesamt 22 zentrale Plattformdienste. Das Gesetz über digitale Märkte verpflichtet die Torwächter, sich an die darin vorgegeben Spielregeln zu halten, und garantiert den Verbrauchern und gewerblichen Nutzern dieser Dienste größere Auswahlmöglichkeiten und mehr Freiheit.

Auch die Verordnung über Subventionen aus Drittstaaten ist seit 2023 voll anwendbar. Diese Verordnung schafft faire Wettbewerbsbedingungen in Hinblick auf Unternehmen, die Subventionen von Ländern außerhalb der EU erhalten. Die neuen Vorschriften befugen die Kommission, solche Beihilfen zu prüfen, um sicherzustellen, dass sie den Wettbewerb auf unserem Binnenmarkt nicht verzerren. Sollte dies der Fall sein, so können wir entsprechende Maßnahmen ergreifen, beispielsweise Geldbußen verhängen, Abhilfemaßnahmen verlangen oder sogar Rechtsgeschäfte untersagen.

Neben all dem arbeiteten wir auch an einer Straffung unserer Verfahren und Vorschriften weiter, um diese zukunftsfähig zu machen. Denn auch wenn schon 2023 angesichts der Notwendigkeit, ein Gleichgewicht zwischen Krisenmanagement und Arbeit an den politischen Zielen zu schaffen, ein anspruchsvolles Jahr war, weiß ich, dass die Zukunft weitere Herausforderungen bereithält. Glücklicherweise konnten wir unsere Wettbewerbsregeln wirksam und einheitlich durchsetzen und unsere Widerstandsfähigkeit unter Beweis stellen.

Wir sind bereit.